

XX. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 16. Beiratssitzung am 23.02.2021
Videokonferenz
Beginn 19:00 Uhr – Ende 22:30 Uhr

Anwesend waren die Beiratsmitglieder

M. Wolter, N. Heide, U. Appel, W. Müller, M. Pacaci –
M. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst, D. Janke, J. Klepatz –
E. Friesen, B. Punkenburg, U. Schnaubelt –
P. Heereman --
R. Tegtmeier –
H. Rühl –

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum
Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Herr Burckhard Radtke, Amt für Soziale Dienste
Frau Larissa Krümpfer, AWO Soziale Dienste gGmbH
Herr Udo Stoessel, Vertretung der Senatorin für Kinder und Bildung
Herr Jan Frers, Immobilien Bremen
Herr Michael Specht, agn Leusmann GmbH

*

Herr Boehlke eröffnet die 16. Sitzung des 20. Beirates Burglesum und begrüßt alle Teilnehmer*innen. Das Gremium des Beirates Burglesum tagt als Videokonferenz.

Herr Boehlke weist auf die Aufzeichnung der Sitzung zur Erstellung des Protokolls hin.

Gedenken an Iris Lauterbach:

Am 15. Februar verstarb das ehemalige SPD-Beiratsmitglied Iris Lauterbach nach langer schwerer Krankheit im Alter von 70 Jahren.

Frau Lauterbach, damals noch als Lauterbach-Wenig, war von 2007 bis 2015 Mitglied des Beirates.

Sie wirkte in dieser Zeit in den Ausschüssen „Soziales, Jugend und Senioren“ sowie „Arbeit und Wirtschaft“ mit und war von 2011 bis 2015 Ausschusssprecherin.

Von 2015 bis 2019 engagierte sich Frau Lauterbach als sachkundige Bürgerin im Ausschuss Soziales und war in dieser Zeit dessen Sprecherin.

Als studierte Pflegemanagerin war für sie vor allem die Gesundheitspolitik von großer Bedeutung. Hier engagierte sie sich auf verschiedenen Ebenen – auch als Mitglied der Gesundheitsdeputation.

Wir werden Iris Lauterbach mit ihrem Engagement für unseren Stadtteil stets in guter Erinnerung behalten.

Gedenken an Rolf Rübsam:

Bereits am 11. Februar verstarb mit 83 Jahren Rolf Rübsam. Herr Rübsam hat in den vergangenen Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur Erinnerungskultur geleistet – nicht nur in Burglesum, sondern auch über den Stadtteil hinaus.

In seinem Engagement hat Herr Rübsam stets an die Lebensläufe und ebenso an die Schicksale vieler jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Region erinnert.

Hierzu gehörten insbesondere das Burgdammer Ärzte-Ehepaar Goldberg und Leopold Sinasohn. Entsprechend waren ihm die Gedenkveranstaltungen auf dem Goldbergplatz besonders wichtig und der eine oder andere von uns erinnert sich sicherlich noch an seine sehr emotionalen Worte am Goldbergplatz.

Für dieses Engagement wurde Herr Rübsam im Jahr 2012 mit dem Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Eine Auszeichnung mit der seine langjährige wertvolle Arbeit gewürdigt wurde.

Herr Rübsam war aber kein Mensch, der zu viel Aufmerksamkeit um seine Person haben wollte. Seine Botschaft war im wichtig: Schaut nicht weg vor Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Lasst uns die demokratischen Werte stärken.

Auch Herrn Rübsam werden wir daher mit seinem Engagement stets in Erinnerung halten.

Der Beirat und alle Anwesenden treten im Gedenken an Frau Lauterbach und Herrn Rübsam in einen Moment der Stille ein.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 12.02.2021 verschickt.

Änderungswünsche liegen nicht vor.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 26.01.2021

Es wurden kleine konkretisierende Änderungen von Frau Kodré und Herrn Böttjer aufgenommen:

Frau Dr. Kodré erläutert, dass es prinzipiell zwei Zugänge in das System für geflüchtete Menschen gibt. Es gibt Asylbewerber/innen, die innerhalb Deutschlands verteilt werden. Ca. ein Prozent bleibt in Bremen. Es gibt aber auch Personen, die kein Asyl, sondern eine Duldung

beantragen und aus unterschiedlichen Gründen dann in Bremen verbleiben. ~~Die Verteilung von einem Prozent bleibt in Bremen, auch illegale Einreisen, die Fluchtgründe sind dann gar nicht anders.~~ Es ist eine andere Rechtsgrundlage für einen Aufenthalt, aber auch rechtmäßig. ~~Auch dort gibt es ein Verteilsystem innerhalb Deutschlands,~~ Das Problem gibt es nicht nur in Bremen, sondern insbesondere in den Stadtstaaten. Die Steuerungsmöglichkeiten sind aufgrund des Rechtsanspruchs gering.

Herr Böttjer versichert, dass keine Abstriche im Brandschutz gemacht wurden. Es gibt eine Abweichung beim Sonderbau, die kompensiert und abgenommen wurde. Hierzu gibt es einen abschließenden Prüfbericht. Herr Böttjer wird bezüglich des Löschwassers noch einmal nachfragen. Bei der Prüfung der unbefristeten Nutzung wird dies alles nochmals geprüft.

Info hierzu für den Beirat:

Nach Rücksprache mit Herrn Böhlend von der Feuerwehr Bremen ist eine ausreichende Löschwasserversorgung vorhanden (es befindet sich ein Unterflurhydrant bei der Wendeanlage auf dem Gelände des ÜWH).

Weitere Änderungen / Ergänzungen liegen nicht vor.

Herr Rühl teilt mit, dass er das Protokoll nicht erhalten hat und deshalb nicht darüber abstimmen kann.

Beschluss: (einstimmig)

Die Genehmigung des Protokolls wird verschoben.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

keine

TOP 3: Stadtteilbudget der offenen Jugendarbeit 2021

Herr Boehlke begrüßt Herrn Burckhard Radtke, Leiter des Amtes für Soziale Dienste in Bremen-Nord und Frau Larissa Krümpfer von der AWO Soziale Dienste gemeinnützige GmbH.

Herr Boehlke erläutert, dass gemäß § 10, Absatz 2 Nr. 1 OBG der Beirat im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen über die Planungen für Mittel der Kinder- und Jugendförderung entscheidet.

In der Vergangenheit gab es immer einen Vorab-Beschluss des Controlling Ausschusses und im Anschluss eine formale Bestätigung durch den Beirat, verbunden mit der Information, wie viel Mittel für was in den einzelnen Einrichtungen beantragt und verwendet wurden
Neben der Mittelverteilung durch das Amt für Soziale Dienste wird Frau Krümpfer auch kurz erläutern, wie die Gelder im Detail eingesetzt werden.

Herr Radtke und Frau Krümpfer erläutern die Verteilung des Budgets (**s. Anlage 1**). Die Beschäftigungsvolumina (BV) betragen für das JZ Burglesum 2,58 BV - JC Fockengrund 1,76 BV und UPS Marßel 0,74 BV.

Herr Lilic vom UPS Marßel schildert die Arbeit im Jugendclub zu Corona-Zeiten. Durch die Pandemie hat sich die Arbeit sehr verändert. Es hat sich herausgestellt, wie wichtig das Angebot der offenen Jugendarbeit ist und der Kontakt der Jugendlichen zu den Betreuern. Schon im ersten Lockdown hat sich gezeigt, dass der Wegfall negative Auswirkungen hat. Es gab Vandalismus auf dem Gelände des UPS und es wurden auf dem Spielplatz Drogen konsumiert und Alkohol getrunken.

Es werden viele Einzelgespräche mit den Jugendlichen über Hausaufgaben geführt, aber es geht auch um die Situationen in den Familien. Dabei spielt das Thema Gewalt in Familien eine große Rolle.

Frau Steding vom JZ Burglesum teilt mit, dass es sehr ähnlich läuft in Bezug auf Corona und dem Lockdown. Nach dem ersten Lockdown hatten die Jugendlichen einen sehr hohen Redebedarf. Im letzten Jahr fanden diverse Aktivitäten statt.

Frau Kersting vom JC Fockengrund erzählt, dass im ersten Lockdown viele Jugendliche, insbesondere Jungen, weggeblieben sind.

Positiver Effekt war, dass viele Mädchen im Ortsteil erreicht wurden und sich eine sehr gute Mädchengruppe gebildet hat. Inzwischen gibt es auch wieder Jungen, die in den Jugendclub kommen, allerdings Jüngere. Ihr persönlich macht Sorge, dass manche Jugendliche gar nicht mehr erreicht werden. Wo sie sich jetzt aufhalten, gerade die 15-16-jährigen, ist nicht bekannt. Wichtig findet sie, zu betonen, dass zwar viele finanzielle Mittel für das Personal ausgegeben werden, aber das Personal das Wichtigste bei der offenen Jugendarbeit ist. Es müssen Personen vor Ort sein, die personelle Ausstattung muss erhöht werden.

Herr Hornhues bedankt sich für die Vorstellung der Zahlen und für die inhaltliche Arbeit. Er empfiehlt, in einem Beschluss die Projektarbeit besser finanziell auszustatten und das UPS mit einer Vollzeitstelle auszustatten.

Frau Wolter bedankt sich ebenfalls für die Arbeit in den Jugendeinrichtungen, gerade in der Coronazeit. Sie stellt fest, dass das Budget noch nicht so auskömmlich ist, wie es notwendig ist. Sie schließt sich Herrn Hornhues an.

Herr Klepatz möchte im Beschluss die genaue Höhe der Mittelvergabe genannt haben.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum stimmt der Mittelvergabe für die offene Jugendarbeit in 2021 in Höhe von 474.739,00 Euro (plus 11.438,67 Euro des Integrationsbudgets) zu.

TOP 4: Vorstellung des Masterplans zum Schulbau-Projekt „Campus Lesum“

Herr Boehlke begrüßt Herrn Udo Stoessel, Vertretung der Senatorin für Kinder und Bildung und Herrn Jan Frers von Immobilien Bremen sowie Herrn Michael Specht als Vertreter des Planungsbüros agn Leusmann.

Er erläutert, dass dieses Schulbau-Projekt zu den größten Projekten im Rahmen der Schulstandortplanung gehört. Es beinhaltet einen nahezu Komplett-Neubau einer Oberschule, als auch den Neubau einer zusätzlichen Grundschule in unserem Stadtteil. Diese Dimensionen machen uns bewusst, dass solch ein Projekt nicht innerhalb von 2-3 Jahren

abgeschlossen ist. Aus diesem Grund ist es dem Beirat und ihm sehr wichtig, dass dieses Projekt nun endlich Fahrt aufnimmt und wir mit dem Masterplan nun mit der konkreten Planungsphase beginnen können.

Herr Stoessel stellt zunächst die Ausgangslage dar.

Herr Specht stellt die Planungen, beauftragt von Immobilien Bremen, vor. (**Anlage 2**)

Herr Hornhues fragt wer wann diesen Auftrag wann wo gestellt hat. Die beiden heute vorgestellten Varianten, waren so nie besprochen. Er hat sich auf was Anderes eingestellt. Positiv ist, dass es im Gegensatz zu den vorherigen Planungen, ein Jahr eher losgehen soll. Aber ansonsten haut ihn die Präsentation „aus den Socken“.

Herr Rühl stellt fest, dass mehrere Gebäude als abgängig bezeichnet werden. Dies wurde auch bei der alten Dorfschule behauptet. Er möchte wissen, wer das woran festmacht. Er hätte gerne konkretere Ausführungen oder einen Ortstermin, um das zu erörtern.

Frau Schnaubelt geht es wie Herrn Hornhues, sie ist von anderen Fakten ausgegangen. Sie fragt nach Variante 1, die auf einem kleineren Grundstück eine starke Erweiterung vorsieht. Ist das nicht eine Belastung für die angrenzenden Reihenhäuser?

Es gibt schon jetzt Reibungspunkte mit den Oberschülern, wenn das Grundstück jetzt noch voller wird, erhöht sich das Konfliktpotential. Variante 2 soll zwei Schulen zusammenführen, der Schulhof für die Grundschüler:innen wirkt sehr klein. Sie hat Zweifel, ob das Vorteilhaft ist. Die Sporthalle bleibt ja stehen, ein Schulhof muss für Lehrkräfte überschaubar sein und kompakt. Bei Variante zwei sind zwei Schulen auf ein Grundstück, das heißt, dass immer die älteren mit den jüngeren Schüler:innen zusammen sind. So gibt es keinen Platz für die jungen Schüler:innen, das ist negativ für Entwicklung der Kleinen.

Herr Specht antwortet, dass es nach den Zahlen am Heisterbusch passt. Er findet, es ist ein wichtiger Hinweis, er wird das mit dem Konfliktpotential aufnehmen. Das beschäftigt einen immer wieder bei Schulen, die im engen Wohnkontext stehen. Im Moment sieht es visuell sehr voll aus auf dem Grundstück, nach den Zahlen ist es das aber nicht. Das ist untersucht worden, es darf in der Dichte gebaut werden. Die Grundschulfläche wird nachgewiesen. Hier ist noch jede Menge Luft. Jetzt handelt es sich um schematische Überlegungen, wenn es eine Wettbewerbsaufgabe ist, dann würde man an diesen Flächen arbeiten. Im Moment kann er nicht mehr dazu sagen, da es eine rein schematische Darstellung ist.

Der Zustand der Gebäude wurde gemeinsam mit Kollegen in einer Bestandsanalyse, in Form einer Dokumentation, mit Hinweisen, welche Mängel zu sehen sind, aufgenommen. Sie endet mit einer Kosteneinschätzung im Sanierungsfall, die Empfehlung lautet, dass die Gebäudeteile abgängig sind.

Herr Boehlke erinnert daran, dass es ein Kritikpunkt der Elternschaft ist, dass an der Schule Steinkamp ein enormer Sanierungsstau vorherrscht. Dieser Bau ist jünger als die alte Dorfschule in Burgdamm und nicht vergleichbar mit dem historischen Gebäude.

Herr Frers weist auf die Barrierefreiheit hin, die gegeben sein muss. Mit welchem Aufwand kann man sie erzeugen. An dem naturwissenschaftlichen Turm kann man genau sehen mit welchem Aufwand eine energetische Sanierung erfolgen müsste.

Herr Stoessel geht davon aus, das bekannt ist, das die Raumhöhen aus akustischer Sicht schwierig sind. Es handelt sich um lauter einzelne Klassenhäuser und entspricht nicht den heutigen Schulbauanforderungen. Das Gebäude ist bis in die Grundsubstanz geschädigt. Angesichts des Energieleitfadens ist die anstelle einer vollumfänglichen Sanierung ein Neubau tatsächlich die bessere Lösung.

Der Schulleiter der Oberschule Lesum, Herr Schmieta, meldet sich zu Wort und unterstreicht, dass die Akustik fürchterlich ist und keine Barrierefreiheit gegeben ist. Nahezu kein Raum ist ohne Treppe erreichbar. Alle Räume liegen separat, es gibt keine gemeinsame Mitte.

Herr Rühl sagt, dass sein Misstrauen bestehen bleibt. Er sieht definitiv nichts Erhaltungswürdiges an dem Bau, aber er wird misstrauisch, wenn es heißt, ein Gebäude sei abgängig. Aus den Antworten konnte er nicht überzeugt werden.

Herr Boehlke empfiehlt Herrn Rühl, sich ein eigenes Bild vor Ort zu machen, wie es viele in dieser Runde bereits getan haben.

Herr Stoessel erläutert zu der Variantenplanung, dass es ein wichtiger Punkt ist, die Interimslösungen so wenig wie möglich in Anspruch zu nehmen, da diese Kosten verursachen. Bei beiden Varianten war es ein nachvollziehbarer Prozess, von dem er auch überrascht war. Der Auftrag ist ergebnisoffen mit allen Facetten untersucht worden.

Herr Hornhues schildert den Ablauf. Am 11.12.2020. kommt aus dem Bildungsressort eine detaillierte Übersicht über die jeweiligen Schulstandorte; wie sie sich entwickeln sollen mit einer Zeitplanung. Da spricht man von der Schule Am Heisterbusch und von der Oberschule Lesum. Es soll eine Grundschule Am Heisterbusch entstehen und die Oberschule Am Steinkamp soll am Standort bleiben. Er fragt, seit wann sind die beiden heute vorgestellten Varianten als Vorzugsvarianten bekannt sind.

Herr Stoessel antwortet, dass der Maßnahmenplan nichts mit den Varianten zu tun hat.

Frau Wolter möchte verstehen, warum die Standorte nun anders sein sollen, es erschien ihr als logische Planung. Beide Schulformen zusammen sieht sie aufgrund der Nichttrennung von Oberschule und Grundschule als problematisch an.

Frau Appel findet die Vorstellung sehr aufschlussreich und kann ungefähr nachvollziehen, dass die Interimslösung schwierig ist. Aber wenn so ein Schulbau unter Zeitdruck erfolgen muss, dann ist es umso wichtiger, wenn so viel Geld investiert wird, dass der Bau im Sinne einer zukunftsweisenden Pädagogik erstellt wird. Es sollte nicht, weil es praktischer ist, in dieser Dichte gebaut werden.

An beiden Schulen wird bis nachmittags Unterricht sein, es sollte nicht nur Platz zum Toben berücksichtigt werden, sondern auch die Anforderungen an Therapieräumen, Sanitäranlagen und technischer Ausstattung sowie die räumlichen Erfordernisse müssen lerngruppenübergreifend erfüllt werden. So eine Schule muss Platz haben. Das sieht man bereits jetzt im Heisterbusch, da ist nicht ausreichend Platz, so dass drei Jahrgänge im Steinkamp untergebracht sind. Wenn sie es richtig verstanden hat, haben am Ende über 800 Kinder weniger Platz als jetzt die 300 Schüler:innen.

Herr Heereman erzählt, dass er gegenüber der Schule Am Heisterbusch wohnt, er kennt keine Reibungen mit der Nachbarschaft. Der Beirat hatte mit Frau Senatorin Frau Bogedan vor Weihnachten ein sehr intensives Gespräch. Sie hat zugesagt, dass der Beirat konkret den Ablauf bekommt, was wann passiert. Jetzt hat er das Gefühl, dass die heute anwesenden Referenten nicht wissen, was vereinbart wurde. Er fragt, warum man heute nicht darüber spricht, wann die Grundschule Heisterbusch etc. gebaut wird.

Herr Boehlke stellt fest, dass die Zeitschienen sich mit der heutigen Präsentation decken. Man sollte die Sache anders betrachten und es als große Chance sehen, welche Variante in Frage kommt. Heute sollte der Beirat beraten, ob es noch eine weitere Variante gibt, die noch diskutiert werden muss oder ob sich das weitere Vorgehen auf die heute vorgestellten zwei Varianten konzentriert.

Herr Heereman findet, dass die Variante, die Oberschule Lesum an den Heisterbusch zu packen, völliger Quatsch ist. Wie Frau Appel bereits erklärt hat, ist dort viel zu wenig Platz auch ohne die Inklusionsbedarfe. Es macht auch keinen Sinn, einen Baukörper in die Reihenhausssiedlung zu bauen, das ist absolut indiskutabel. Das lehnt die FDP ab.

Herr Klepatz ist sich sicher, dass es im Endeffekt auf die Campusbaulösung herausläuft. Wenn Flächen frei gezogen werden, ist der zweite Schritt, wie mit dem Baugebiet umgegangen wird. Es handelt sich um 17000m², da hat eine Nachnutzung Potentiale. Er glaubt, dass der Beirat heute beschließen kann was er will, die Entscheidung ist schon gefallen und steht längst fest.

Herr Stoessel antwortet, dass über eine Nachnutzung noch nicht nachgedacht wurde, und das Bildungsressort darauf auch keinen Einfluss hat. Er verwehrt sich dagegen, dass es wirtschaftliche Abwägungen gibt zu Lasten des pädagogischen Konzeptes. Er möchte nicht verhehlen, dass es auch wirtschaftliche Überlegungen gibt, im Hinblick auf die Interimslösungen. Beide Varianten müssen noch monetär bewertet werden.

Herr Frers möchte grundsätzlich zur Aufgabenstellung, die Grundschule am Heisterbusch unter zu bringen, etwas sagen. Zunächst wurde geplant, die Grundschule am Heisterbusch anzusiedeln und die Oberschule am Steinkamp zu entwickeln. Dann hat sich herausgestellt, dass das Bestandsgebäude am Heisterbusch so groß ist, dass es wirtschaftlich nicht darstellbar, ist dort die neue Grundschule unterzubringen. Es gibt große Flächenüberhänge und einen enormen Sanierungsbedarf. So ist die wirtschaftlichere Variante entstanden, dass dort die Oberschule einzieht, der Standort dort entwickelt wird. Die vorgestellte Variante soll aber keinen Ausschluss der anderen Varianten darstellen. Zuerst wurde diese Variante gar nicht betrachtet, weil sie einem gar nicht in den Sinn gekommen ist. Er und die an der Planung beteiligten Personen waren auch vom Ergebnis überrascht, dass die beiden jetzt vorgestellten Varianten die Zweckdienlichsten sind.

Frau Wolter regt die Kooperation der neuen Grundschule Am Heisterbusch mit der Paul-Goldschmidt-Schule am Standort Heisterbusch an.

Herr Hornhues kann sich zu keinem Beschluss inhaltlicher Art durchringen und schlägt dem Beirat vor, vor das Thema kurzfristig erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau Appel schlägt vor, inhaltlich nichts vorschnell zu beschließen. Normalerweise gibt es erst ein pädagogisches Konzept und danach wird der Standort geplant. Schulen sollten nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und dann nach Zweckdienlichkeit geplant werden.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat verständigt sich darauf, sein Votum zu einem späteren Zeitpunkt abzugeben.

TOP 5: Antrag des Beirates zur Aufstellung der Haushaltsvorschläge für die Haushalte 2022 und 2023 gemäß § 32 BeirOG

Die Vorlage liegt den Beiratsmitgliedern vor.

Herr Hornhues erläutert den Antrag.

Beschluss: einstimmig

Gemäß §32 (1) Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter stellt der Beirat Burglesum folgende Anträge zur Aufstellung der Haushaltsvoranschläge:

- 1) *Die Senatorin für Kinder und Bildung wird aufgefordert, das Schul-Projekt „Campus Lesum“ weiter zügig umzusetzen, hierfür sind die notwendigen Mittel in den Haushalten 2022 und 2023 zu hinterlegen. Das Projekt ist eines der größten Schulprojekte in Burglesum und beinhaltet auch die notwendige Neugründung einer Grundschule für den Stadtteil. Es bedarf einer entsprechenden hohen Priorisierung.*
- 2) *Die Senatorin für Kinder und Bildung wird aufgefordert, die nötigen Mittel für die Planung und den Bau einer Schulsporthalle neben der Grundschule an der Grambker Heerstraße in den Haushalten 2022 und 2023 zu veranschlagen.*
- 3) *Die Senatorin für Kinder und Bildung wird aufgefordert, die Investitionsmittel für den Neubau von erforderlichen Schul-Mensen als auch einer Erweiterung der Mensa an der Oberschule an der Helsingkistraße im Haushalt einzustellen. Damit soll eine umfängliche und angebrachte Versorgung aller Schüler/innen an den Ganztagschulen zukünftig ermöglicht werden.*
- 4) *Der Senator für Finanzen wird aufgefordert, die nötigen Mittel für die Sanierung von Schulsporthallen, vor allem der Schulsporthallen an der Oberschule Helsingkistraße und an der Grundschule St. Magnus, dort in Verbindung mit dem anstehenden Ausbau für die Ganztagesbetreuung, einzustellen.*
- 5) *Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, Planungsmittel zur Umgestaltung des Helsingborger Platzes in den Haushalten 2022 und 2023 zur Verfügung zu stellen, um gemeinsam mit Bürger/innen, Beirat und Einrichtungen vor Ort ein städtebauliches Konzept erarbeiten zu können. Das Wohngebiet Marßel ist seit 2020 wieder in das Förderprogramm „Wohnen in Nachbarschaften“ aufgenommen worden. Auf dieser Grundlage ist daher ebenfalls zu prüfen inwieweit für das städtebauliche Konzept auch eine Ko-Finanzierung aus der WiN-Förderung möglich ist. Derzeit ist der Platz stark geprägt durch Leerstand und teilweise, für ein Wohnquartier untypische Nutzung und wird als „Angst-Ort“ von der*

Bevölkerung wahrgenommen. Ziel von WiN ist es, unter anderem diese Strukturen in Quartieren zu beseitigen.

- 6) *Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, die fehlenden Mittel zur Errichtung der Lärmschutzwand entlang der Bahntrasse an der Grönlandstraße in den Haushalt 2022 einzustellen, damit die Maßnahme spätestens in 2022 abgeschlossen wird.*
- 7) *Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, Mittel für die Erweiterung der P+R Anlagen zu Mobilitätsstandorten an den Bahnstationen in Burg, Lesum und St. Magnus (hierzu zählen u. a. Erweiterung der Stellplätze für Fahrräder und PKW, einschließlich Elektro-Ladestationen) in die Haushalte 2022 und 2023 einzustellen.*
- 8) *Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, die erforderlichen Mittel für die Planung des Umfeldes des zukünftigen Haltepunktes in Grambke in den Haushalten 2022 und 2023 bereitzustellen.*
- 9) *Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, Planungskosten für die Umgestaltung des Goldbergplatzes und des Platzes an der Burger Heerstraße zur Verfügung zu stellen.*
- 10) *Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, weitere Mittel in den Haushalt 2022 und 2023 einzustellen, um das Personal zur Überwachung von Ausgleichsmaßnahmen (u.a. Baumschutz) zu erhöhen. Vor allen Dingen in den Ortsteilen mit altem Baumbestand und großen privaten Grundstücken, wie in St. Magnus und Lesum, muss die notwendige Kontrolle von Ausgleichsmaßnahmen gewährleistet sein.*
- 11) *Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa wird aufgefordert, die Mittel für die Umweltwächter:innen weiterhin bereitzustellen und zu verstetigen, weil sich diese arbeitspolitische Maßnahme für unseren Stadtteil als unverzichtbar erwiesen hat und für die betroffenen Personen ein wertvoller Wiedereinstieg in das Berufsleben ist.*
- 12) *Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, die notwendigen Mittel zu dringenden Sanierung der Stader Landstraße in den Haushalten 2022 und 2023 einzustellen.*
- 13) *Der Senator für Inneres wird aufgefordert, in den Haushalten 2022 und 2023 weitere Mittel für den personellen Ausbau des Ordnungsamtes einzustellen, um eine deutliche höhere Präsenz in den Stadtteilen sicherzustellen und die zunehmenden Aufgaben (u.a. Verkehrsüberwachung) bewältigen zu können.*
- 14) *Der Senator für Inneres wird aufgefordert, Planungsmittel für einen Neubau einer Schwerpunktfeuerwehr „Burglesum“ für die Freiwilligen Feuerwehren Burgdamm, Grambkermoor und Lesumbrok in den Haushalten 2022 und 2023 zu veranschlagen.*

- 15) *Der Senator für Inneres wird aufgefordert, Mittel in den Haushalten 2022 und 2023 einzustellen, um die Anzahl der Kontaktpolizisten allgemein zu erhöhen, freie Stellen unverzüglich nach zu besetzen und einen zusätzlichen Kontaktpolizisten für den Bereich Burg-Grambke, Werderland und den Bremer Industriepark einzusetzen.*
- 16) *Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport Soziales wird aufgefordert, die Projektmittel für die Offene Jugendarbeit im Stadtteil weiter zu verstärken und vor allem die personelle Ausstattung in den Jugendclubs UPS und Fockengrund zu verbessern, sowie den Jugendtreff in St. Magnus (Raschenkampsweg) in die Betrachtung mit aufzunehmen. Nur somit kann eine notwendige und qualitativ gute Jugendarbeit in allen sehr stark frequentierten vorhandenen Einrichtungen im Stadtteil weiterhin gewährleisten bleiben.*

Die jeweiligen Fachressorts werden gebeten, die Anträge gemäß §32 (2) Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zu bearbeiten.

TOP 6: Benennung eines Fußweges zum Spielplatz Hockenstraße

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum beschließt gemäß § 10, Absatz 1, Nr. 8 OBG die Wegeverbindung zwischen Am Heidbergstift und Hockenstraße entlang der BAB 270 wie folgt zu benennen:

*„To'n Speelplatz“
(Zum Spielplatz)*

Eine Übersetzung des Straßennamens ins Hochdeutsch ist unter den jeweiligen Straßenschildern anzubringen.

TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

- Ortstermin zum Thema „Beleuchtung“ (Beiratssitzung vom 03.11.2020)
- Beiratsbeschluss „Luftmessung in Burg-Grambke“ vom 15.12.2020

Terminhinweise:

- 04.03.2021: Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
- 11.03.2021: Sitzung des Ausschusses für Bau und Stadtentwicklung
- 25.03.2021: Sitzung des Ausschusses für Kinder und Bildung
- April: Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz sowie des Ausschusses für Soziales
- Beiratssitzung verschoben vom 25.05.2021 auf den 01.06.2021

TOP 8: Mitteilungen des Beiratssprechers

keine

TOP 9: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

9.1: **Herr Müller** regt an, Informationen über den Pellens Park einzuholen, hinsichtlich Pflegekonzept und aktueller Zustand. Die Bänke sind zum großen Teil stark verschmutzt, beschädigt und verbrannt. Die Spielgeräte befinden sich in einem miserablen Zustand, eines ist seit Monaten kaputt und durch eine Absperrung gesichert, manche wurden notdürftig repariert, manche abgeräumt.

9.2: **Frau Wolter** trägt mehrere Anliegen vor:

Den im Dezember bereitgestellten Zeit-Maßnahmenpläne der Schulstandortplanung für Burglesum kann entnommen werden, dass -ganz in unserem Sinne- viele Schulen zu gebundenen Ganztagschulen erweitert werden sollen.

Damit steigt der Bedarf an Räumlichkeiten für Mensen, Differenzierungs- und Sozialräume. Die Provisorien, die teilweise in den Burglesumer Grundschulen eingerichtet wurden, reichen dann nicht mehr aus. Es müssen Baukonzepte entwickelt werden, die einen wesentlich höheren Auslastungsgrad baulich antizipieren. Wie sieht die Ausbauplanung für die notwendigen Räumlichkeiten in den Burglesumer Schulen aus? (Zeit-Maßnahmen-Kostenplanung)

Sporthallen und Außensportanlagen sind aktuell nicht in die Zeit-Maßnahmenpläne der Schulstandortplanung einbezogen. Sie sind jedoch ein notwendiger Teil einer integrierten Planung und gehören zu den elementaren infrastrukturellen Rahmenbedingungen von Schule. Wie sieht die auf die Schulstandortplanung abgestimmte Sporthallenplanung aus? (Sanierungen und Neubauten als Zeit-Maßnahmen-Kostenplanung) Die SPD-Fraktion bittet in diesem Zusammenhang um Sachstandsklärung zu folgenden Themen:

- Ergebnisse der Bedarfsplanungen für die Burglesumer Sporthallen
- Ergebnis der Aktualisierung des Sporthallenkatasters für die Sanierung der Burglesumer Sporthallen

In Burglesum fehlen in zwei Gebieten wohnortnahe Kitas:

1. im Halmgebiet östlich der Bördestraße und nördlich der A270

An der Hockenstraße im Halmgebiet wurde ein Gelände als möglicher Interimstandort für das KuFZ-Lesum verworfen, weil die Erschließungskosten für eine Übergangslösung zu hoch sind. Kommt dieser Ort möglicherweise als dauerhafter Kita-Standort in Betracht? Die SPD-Fraktion bittet um Prüfung.

2. St. Magnus-westlicher Teil

Ist ein Kita-Standort in Böhmers Park eine Option? Möglicherweise geführt als Naturkindergarten? Die SPD-Fraktion bittet um Prüfung.

9.3: **Herr Klepatz** merkt an, dass der Tagesordnungspunkt Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder heißt. Jetzt werden unter diesem Punkt Anträge an die senatorische Behörde gestellt. Gibt dafür eigentlich eine Vorgabe, ob die Anträge von Frau Wolter in diesen Tagesordnungspunkt gehören?

9.4: **Herr Rühl** findet, ebenso wie Herr Klepatz, das Beiratsmitglieder aktuelle Dinge unter diesem Tagesordnungspunkt vortragen können. Wenn die SPD was will, soll sie Anträge stellen.

Ende der Sitzung um 22:30 Uhr

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Beiratssprecher

gez. Tietjen
Protokoll